

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2016 (II)*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am 16. und 17. März ist das Parlament wieder zu Sitzungen zusammengekommen. Beschlossen wurden unter anderem eine neue Regelung zum Erhalt der Hausapotheken, eine Novelle des Sozialversicherungsgesetzes und ein Gesetz zum Kampf gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern.

Am Donnerstag war ich zudem im ORF 3 bei 60 Minuten Politik zu Gast. Die Aufzeichnung könnt ihr euch noch bis zum 24.03. in der Mediathek des ORF anschauen.

Außerdem fand am vergangenen Wochenende die Frühjahrsklausur des SPÖ-Klubs in Saalfelden statt. Auch dazu findet ihr in diesem Infoletter Informationen und weiterführende Links.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Top Themen

Erfolg für PatientInnen: Hausapotheken bleiben erhalten!

SPÖ, ÖVP und Gemeindevertreter haben sich auf eine neue Regelung zu den ärztlichen Hausapotheken geeinigt. "Ein Erfolg für die PatientInnen", freuen sich **Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser**, **SPÖ-Gesundheitssprecher Erwin Spindelberger** und **Marianne Gusenbauer-Jäger**, **SPÖ-Sprecherin für kommunale Angelegenheiten**. Reagiert wird damit auf zunehmende Probleme, NachfolgerInnen für ärztliche Kassen-Ordinationen am Land zu finden.

Durch die Neuregelung wird es **leichter** sein, **BewerberInnen für Ordinations-Nachfolgen zu finden**. **130 Hausapotheken können so erhalten werden**", so Erwin Spindelberger. "Gerade für ältere, weniger mobile Menschen am Land eine wesentliche Erleichterung", weiß Marianne Gusenbauer-Jäger. Ein entsprechender Initiativantrag wurde noch am Mittwoch im Nationalrat eingebracht.

Mehr Informationen auf unserer [Homepage!](#)

Bank Austria-Pensionen: Fairer Wechsel in ASVG-System

Mit einer Novelle des Sozialversicherungsgesetzes wurde dafür gesorgt, dass der **Wechsel von rund 3.000 Bank Austria-MitarbeiterInnen aus dem firmeneigenen ins staatliche Pensionssystem unter fairen Bedingungen** passiert. Die Gesetzesänderung sieht vor, dass die Bank für die Überleitung nicht – wie in der derzeitigen Rechtslage – nur sieben, sondern 22,8 Prozent vom Letztgehalt als Beiträge zahlt. Dieser Beitragssatz gilt für alle ASVG-Versicherten und muss auch für die Bank Austria gelten. Laut **SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch** werden mit der Novelle drei Ziele erreicht: "**Sicherheit für die betroffenen Beschäftigten**, eine **Gleichbehandlung** aller ArbeitgeberInnen im Pensionsrecht und **keine Sanierung einer Bank auf Kosten der SteuerzahlerInnen!**"

NR-Sitzung vom 16. März 2016

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird ([1039 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Bericht des Wirtschaftsministers zu EU-Vorhaben ([III-237/1017 d.B.](#))

Der Bericht behandelt die Vorhaben des Wirtschaftsministeriums für den Bereich der Europäischen Union. Aus Sicht der SPÖ fehlt darin eine klare Strategie zur Anhebung des Industrieanteils. Zu kritisieren ist außerdem die mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen zum EU-USA-Handelspakt TTIP. Unterstützung gibt es von den SPÖ-Abgeordneten für die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, um die europäische Stahlbranche vor unfairem Wettbewerb zu schützen.

Alternative Finanzierungsmöglichkeiten für Tourismus nutzen ([1025 d.B.](#))

Seit 2015 gibt es einen Rechtsrahmen für alternative Finanzierungsformen für Unternehmen (Crowdfunding). Der Antrag fordert vom Wirtschaftsministerium, die Tourismus- und Freizeitwirtschaft stärker über diese Möglichkeiten zu informieren.

Tourismus: Hotellerie entlasten ([1026 d.B.](#))

SPÖ und ÖVP thematisieren in einem gemeinsamen Antrag, dass durch eine neue EU-Richtlinie zu Pauschalreisen die Hotellerie zu stark belastet wird. Laut der Richtlinie brauchen Hotels eine Reisebüro-Lizenz, wenn sie Zusatzleistungen abseits von Zimmern und Bewirtung anbieten und diese eine gewisse Höhe überschreiten. Die Regierung wird nun aufgefordert, sich für unbürokratische und kostengünstige Regeln für die Hotellerie einzusetzen.

Kampf dem illegalen Handel mit Kulturgütern ([1015 d.B.](#))

Das neue Kulturgüterrückgabegesetz bringt strengere Regeln gegen den illegalen Handel mit Kunst- und Kulturgütern. Das Thema ist aktueller denn je, wenn man bedenkt, dass sich die Terrororganisation IS auch mit dem Handel geraubter Kulturgüter finanziert. Das Gesetz regelt das Verbot der Einfuhr illegaler Kulturgüter, erhöht die Sorgfaltspflichten im gewerblichen Kunsthandel und schafft einheitliche Standards zur Rückgabe von gestohlenen Kunstwerken innerhalb der EU und der UNESCO-Mitgliedstaaten an die Herkunftsländer.

Startschuss für "Haus der Geschichte" ([1016 d.B.](#))

Die jüngere und jüngste Geschichte Österreichs wurde bisher nur in Sonderausstellungen vermittelt. Mit einer Novelle zum Bundesmuseen-Gesetz wird nun der rechtliche Rahmen für das "Haus der Geschichte" am Standort Neue Burg/Heldenplatz geschaffen. Gleichzeitig wird in einem Antrag darauf hingewiesen, dass bei den Bauarbeiten zur Errichtung eines Tiefenspeichers und einer Tiefgarage auf das Ausweichquartier des Parlaments und den Parlamentsbetrieb Rücksicht genommen werden muss.

Vorabprüfung von Staatsverträgen ([1023 d.B.](#))

Der Verfassungsdienst des Kanzleramts soll ein Gutachten erstellen, das sich mit dem Thema "Überprüfung von Staatsverträgen durch den Verfassungsgerichtshof" befasst und Möglichkeiten einer Neuregelung auslotet.

EU-Vorhaben des Außenministeriums ([III-241/1033 d.B.](#))

Der Bericht des Außen- und Integrationsministeriums zu den Vorhaben auf EU-Ebene im Jahr 2016 beschäftigt sich mit einer breiten Themenpalette von der Flüchtlingskrise über die EU-USA Verhandlungen zu Investitionsabkommen, das Verhältnis zu Russland bis zum britischen EU-Referendum.

Burundi - Gewalt und Menschenrechtsverletzungen stoppen! ([1034 d.B.](#))

Der Antrag thematisiert die gewaltsamen Unruhen in Burundi und fordert vom Außenminister, sich auf allen diplomatischen Ebenen dafür einzusetzen, dass UNO, EU und afrikanische Union ihre diplomatischen Bemühungen verstärken, um ein Ende der Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen zu erreichen. Außerdem müssen die burundischen Flüchtlingslager in den Nachbarländern ausreichend finanziell und materiell versorgt werden, damit Hungersnöte und der Ausbruch von Krankheiten verhindert werden können.

Opfer von Kriegsverbrechen unterstützen – Massenvergewaltigungen sind Kriegsverbrechen ([1038 d.B.](#))

Der von SPÖ, ÖVP, Grünen, Neos und TS beschlossene Entschließungsantrag fordert den Außenminister auf, sich weiterhin aktiv für den Schutz von Frauen und Kindern in Krisenregionen einzusetzen. Die UNO-Resolution 1820, die den Zusammenhang zwischen sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten und der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit klar anerkennt, soll nachprüfbar umgesetzt werden.

Autonomie Südtirols unterstützen und weiterentwickeln ([1035 d.B.](#))

Ein von allen Parlamentsfraktionen unterstützter Entschließungsantrag fordert den Außenminister auf, die österreichische Außenpolitik zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Autonomie Südtirols auch weiterhin konsequent und gewissenhaft fortzuführen. Priorität in der Südtirol Politik muss haben, dass bei einer Überarbeitung der italienischen Verfassung die Rechte der autonomen Provinzen nicht beschnitten werden.

Anreize für Rückführungen schaffen ([1036 d.B.](#))

Ein von SPÖ und ÖVP eingebrachter Entschließungsantrag fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich national und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, durch Anreize und Sanktionsmechanismen dafür zu sorgen, die Bereitschaft der Herkunftsländer zu Rückübernahmen ihrer StaatsbürgerInnen herzustellen.

Mandatsverlängerung für UN-Sonderberichterstatter zum Iran ([1037 d.B.](#))

Die Regierung wird aufgefordert, sich aktiv für die Mandatsverlängerung des UNO-Sonderberichterstatters zur Menschenrechtssituation im Iran für 2016 und darüber hinaus einzusetzen.

Schutz für Frauen und Kinder auf der Flucht ([1030 d.B.](#))

Ein gemeinsamer Antrag aller Parlamentsparteien reagiert auf die Flüchtlingskrise und die daraus entstehende besondere Gefahr für Frauen und Kinder, Opfer von Gewalt zu werden. Die Regierung soll deshalb dafür eintreten, dass sich das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR weiterhin für Schutz und Versorgung von Frauen und Kindern auf der Flucht einsetzen kann. Frauen und Kinder, die Opfer von Menschenhandel oder anderer Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt oder Missbrauch geworden sind, sollen Zugang zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen gemäß der Istanbul-Konvention erhalten.

Dialog zwischen Exekutive und Zivilgesellschaft ([1031 d.B.](#))

Der Koalitionsantrag setzt sich dafür ein, die Dialogplattform zwischen Sicherheits- und VertreterInnen der Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Die Entscheidung ist ein Ausfluss des Projektes aus dem Jahr 2008 "POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE", welches bis Dezember 2015 dauerte. Es wurde festgelegt, dass der Schutz und die Gewährleistung von Menschenrechten Maxime des polizeilichen Handelns sei.

Petitionen – 33.000 elektronische Unterstützungserklärungen für die "Ehe Gleich! Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare" ([1014 d.B.](#))

Breit gefächert sind die Themen des Sammelberichts des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen. Die aktuell stärkste Initiative (an die 33.000 elektronische Zustimmungserklärungen) ist die von der SPÖ unterstützte Bürgerinitiative "Ehe Gleich! Aufhebung des Eheverbots für gleichgeschlechtliche Paare".

Immunität – FPÖ-Deimek wird ausgeliefert ([1060 d.B.](#))

Der Nationalrat hat über einen Antrag auf Auslieferung von FPÖ-Abgeordnetem Gerhard Deimek entschieden. Deimek wurde vom Abgeordneten Walser (G) bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, über seinen Twitter-Account islamfeindliche, diffamierende Artikel verbreitet zu haben und sich damit des Vergehens der Verhetzung schuldig gemacht zu haben. Der Immunitätsausschuss hat entschieden, dass kein Zusammenhang mit Deimeks Tätigkeit als Abgeordneter besteht und die Staatsanwaltschaft somit tätig werden kann.

Weitere Themen

"Arbeit. Wachstum. Sicherheit. Aus Verantwortung für unser Land." – Frühjahrstagung des SPÖ-Parlamentsklubs in Saalfelden

Die Themen **Beschäftigung, Wachstum, Wirtschaft und Sicherheit** standen im Zentrum der Frühjahrstagung des SPÖ-Parlamentsklubs von 12. bis 15. März in Saalfelden. In Referaten und Diskussionen ging es um Themen wie Wertschöpfungsabgabe, Arbeitsmarktpolitik, Industrie und die Herausforderungen durch die Flüchtlingsbewegungen.

An einem **Betriebsbesuch** der **Bergbahnen Kaprun am Kitzsteinhorn** mit **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** und den SPÖ-Abgeordneten nahm auch unser **Bundespräsidentenskandidat Rudolf Hundstorfer** teil. Zeit für Gespräche mit BürgerInnen gab es bei einem "politischen Nachmittag" mit Regierungsmitgliedern, den SPÖ-ParlamentarierInnen und Ehrengast Rudi Hundstorfer am Hauptplatz in Saalfelden.

Die wichtigsten Themen der Klubtagung und Fotos der Veranstaltung findet ihr im Internet auf klub.spoe.at sowie auf unserem [Flickr-Album!](#)

Reden

Rede vom 16.03. zur EU-Erklärung von Bundeskanzler und Vize-Kanzler

(Die Rede ist bis zum 22.03 auf der [ORF-Mediathek](#) abrufbar)

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lopatka, das peinliche Hickhack war leider weit entfernt von einer diesem Hause würdigen Debatte. *(Zwischenruf des Abg. Lugar.)* Und ich befürchte, dass etliche Zuschauer ihre Fernsehgeräte wieder abgeschaltet haben. Und ich befürchte weiters, dass Sie einen Stein gelegt haben zu einer weiteren Politikverdrossenheit – eigentlich etwas, wogegen wir alle sehr ankämpfen! *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Hübner.)*

Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Kritik zu tun, sondern da muss man sagen: Das war ein peinliches Hickhack!

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor: Jede zweite Person, die Sie kennen, ist geflüchtet! Und stellen Sie sich weiter vor: Es gibt mehr Tote und verletzte Menschen, als in Wien wohnen! Hinzu kommt noch: Geld und Vermögen hat so gut wie keiner mehr, weil alles zerstört wurde. *Das ist die momentane Situation in Syrien!*

Solange diese Situation anhält, solange Gewalt stattfindet, so lange werden Menschen versuchen, ihr Leben und vor allem das ihrer Kinder in Sicherheit zu bringen. Und diese Menschen haben eine humane, unseren Grundwerten entsprechende Behandlung verdient.

Was dafür notwendig ist, die Maßnahmen, die dafür getroffen werden müssen, haben Bundeskanzler Faymann und Josef Cap ja schon sehr klar und sehr deutlich ausgeführt. Und wenn Sie sich die Bilder anschauen, die jetzt in den Medien zu sehen sind: Die schreien ja förmlich nach einer gesamteuropäischen Lösung! Und für diese setzt sich die Bundesregierung auch ein. *(Abg. Bösch: Sie träumen, Frau Kollegin!)*

Wir haben viel darüber diskutiert, was wir in Österreich, in der EU oder auch mit der Türkei machen sollen und unternehmen müssen, damit wir Ordnung, Struktur und Regeln in den Umgang mit schutzsuchenden Menschen bringen, um das Schlepperunwesen zu unterbinden und auch die gefährlichen Fahrten über das Mittelmeer zu stoppen.

Das alles ist wichtig und richtig. Aber es muss uns auch gelingen, in Syrien selbst Sicherheit, Stabilität und Frieden herzustellen. Europa sollte sich auf keinen Fall länger durch interne Streitereien schwächen, sondern ein starkes, gesamtes, gemeinsames Gewicht in die Friedensgespräche in Genf einbringen und dort auch den Friedensplan, der von der UNO vorgelegt wurde, unterstützen.

Dabei muss die EU auch darauf achten, dass in diese Verhandlungen auch Zivilorganisationen und auch Frauenorganisationen miteingebunden werden, denn Frauen sind, wie Sie wissen, ein unverzichtbarer Faktor bei friedensstiftenden und letztendlich nachhaltigen friedenserhaltenden Maßnahmen, sonst werden wir das Scheitern einer friedlichen Lösung in Syrien auch in Europa immer wieder zu spüren bekommen.

Einen blassen Hoffnungsschimmer gibt es jetzt für die Menschen in Syrien, das ist die brüchige, aber weitgehend stabile Waffenruhe, die derzeit dort herrscht. Und der überraschende teilweise Truppenabzug Russlands ist vielleicht ein erstes gutes Zeichen, dass jetzt diplomatische Lösungen am Zug sind.

Wir müssen uns aber auch stärker um jene Länder kümmern, die den Großteil der Flüchtlinge aufgenommen haben. Das ist ja nicht nur die Türkei, das sind auch Jordanien und der Libanon. Vor knapp einem Jahr war der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des jordanischen Parlaments zu Besuch hier bei uns im Haus, und in einem Gespräch, dass er mit uns führte, hat er sein Land mit einer Nusschale auf einem stürmischen Ozean verglichen, das einen friedlichen, sicheren Hafen sucht – ein Land mit acht oder neun Millionen Einwohnern, das selbst eine Million syrischer Flüchtlinge beherbergt, ganz zu geschweigen von den palästinensischen Flüchtlingen.

Der Vorsitzende und auch – bei einem späteren Besuch – der jordanische König haben uns inständig um europäische Unterstützung gebeten, damit sie die Stabilität in ihrem Land aufrechterhalten können und nicht Chaos und Gewalt in ihr Land eindringen kann. Damit meinen sie nicht nur die Unterstützung für Flüchtlingslager, für medizinische Betreuung, für Lebensmittel oder für Unterkünfte, sondern dabei geht es auch um Investitionen und eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Jordanien braucht dringend Arbeitsplätze für die Flüchtlinge, aber auch für ihre junge Bevölkerung.

In dieser Hinsicht muss die EU stärker aktiv werden, denn das betrifft nicht nur Jordanien. Die fehlende wirtschaftliche Zukunftsperspektive für viele junge Menschen in der Region dort – in Jordanien, in Tunesien, in Algerien, in Ägypten – zählt zu den Grundproblemen, die gelöst werden müssen. Das funktioniert nicht mit bilateralen Freihandelsabkommen nach dem alten Muster, sondern wir müssen im Gegenteil dafür sorgen, dass wir die lokale Wirtschaft nicht mit massiv gestützten Produkten aus der EU zerstören.

So können wir dazu beitragen, dass auf der anderen Seite des Mittelmeeres wieder Frieden, Sicherheit und Stabilität einkehren und junge Menschen ihre Zukunft nicht mehr in Europa suchen müssen, sondern dort bleiben, und dass diejenigen, die hierhergekommen sind, gerne wieder zurückgehen, um in ihrer Heimat, in ihren Heimatländern eine sichere Zukunft aufzubauen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Rede vom 17.03. zum Kampf gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Frau Weigerstorfer, es ist nicht ein Kampf der Wirtschaft gegen die Kultur, sondern das, was mit dem Kulturraub passiert, ist, wenn Sie so wollen, der Versuch, die Vergangenheit auszulöschen, der Versuch, die Zerstörung unseres kulturellen Erbes durchzuführen. Und ich glaube, dass ein solches Kulturgüterrückgabegesetz sehr wichtig ist und daher auch sehr streng sein sollte.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich an die Bilder, wie Terroristen auf brutalste Art und Weise Kulturschätze gesprengt, zerschlagen, umgestoßen, demoliert haben oder Kulturstätten gnadenlos geplündert haben! Das ist nicht nur im arabi-

schen Raum passiert, von wo wir die Bilder aus jüngster Zeit kennen, sondern auch in anderen Konfliktregionen der Welt. Immer dann, wenn eine Regierung, ein Staat nicht mehr die Kontrolle über ein Gebiet ausüben kann, kommt die Zerstörung ins Spiel, dann kommt die Plünderung ins Spiel.

Geraubt wird letztendlich alles, was sich transportieren lässt, selbst große Statuen und Objekte. Wenn sie zu groß sind, werden einfach die Köpfe, die Hände, die Beine abgesägt beziehungsweise mit einem Stahlseil, ähnlich wie bei der Produktion von Marmorblöcken, abgeschnitten. In den antiken Ausgrabungsstätten, uralten Gräbern oder Kulturstätten wird unablässig nach Fundstücken gesucht. Das Museum in Mossul, das IS-Milizen in die Hände fiel, ist mittlerweile nahezu leergeräumt. Man will, wie gesagt, dieses kulturelle Erbe unsichtbar, vergessen lassen machen.

Gleichzeitig blüht aber der weltweite Handel am Schwarzmarkt für Antiquitäten, vor allem mit geraubten antiken Kunstschätzen aus dem Nahen Osten. Es gibt Schätzungen, dass der illegale Handel mit Kulturgütern Milliarden einbringt und dass dieser Handel mit Kulturgütern neben dem Menschenhandel, neben dem Drogenhandel und neben dem Waffenhandel zu den umsatzstärksten illegalen Märkten der Welt gehört. Und einen solchen Handel und eine solche Wirtschaft – eine illegale Wirtschaft – möchte ich nicht unterstützen.

Österreich bekennt sich mit mehr als 120 anderen Staaten zum Kampf gegen diesen illegalen Handel mit Kulturgütern. Hier gibt es verschiedene Bereiche, die abgedeckt werden, das sind die einheitlichen Standards, dass die Kulturgüter an die Herkunftsländer rückgeführt werden. Es geht darum, dass die Sorgfaltspflicht im gewerblichen Kunsthandel erhöht wird. Hier finde ich es auch wichtig und richtig, dass diese Zeitspanne von sieben auf 30 Jahre verlängert wird. Es ist wichtig und richtig – und ich glaube, man kann es nicht oft genug sagen – und höchst an der Zeit, dass wir dieses Kulturgüterrückgabegesetz heute beschließen. – Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Rede vom 17.03. zu den EU-Vorhaben des Außenministeriums

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Außenminister! Es geht um das EU-Arbeitsprogramm und es geht darum, was die EU gemeinsam schaffen kann oder was sie nicht schaffen kann. Der Gipfel in Brüssel zeigt jetzt, dass hart daran gearbeitet wird. Ich möchte aber noch

einen anderen Bereich ansprechen, und zwar den Bereich der Forschung und den Bereich der Wirtschaft.

Im Forschungsbereich scheint es ja recht gut möglich zu sein. Am Montag ist mit ExoMars das gemeinsame Raumfahrtprojekt Russlands und der EU in Baikonur zum Mars gestartet und die Europäische Weltraumbehörde sagt hier wörtlich: „Wenn es jemals eine Mission gegeben hat, die eine echte Chance hatte, Hinweise auf Leben auf dem Mars zu finden, dann ist das ExoMars.“ Ich denke, es ist doch ein eindrucksvolles Zeichen, wozu Europa auch technisch in der Lage ist, wenn wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, und ich hoffe, dass diese gemeinsame Mission uns auch dazu motiviert, auf anderen Gebieten wieder erfolgreich zu sein und friedlich zusammenzuarbeiten.

Stabile kooperative Beziehungen zwischen der EU und Russland sind auch elementar für den Frieden, für die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung in Europa, insbesondere auch in Osteuropa. Ich begrüße es daher sehr, wenn im EU-Arbeitsprogramm davon gesprochen wird, dass man an einer besseren Zusammenarbeit zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion arbeiten möchte. Wenn es uns gelingt, mit Russland einen neuen Rahmen für die wirtschaftlichen Beziehungen zu finden, dann hat das auch entspannende Wirkung auf den Osten, auf die Ukraine und andere Länder, da diese dann nicht mehr vor zerreißenden Richtungsentscheidungen stehen, mit wem sie in Zukunft Handel betreiben wollen. Ich hoffe nur, dass die EU mehr Engagement und Eifer bei der Arbeit zeigt als die noch etwas dürftige Prosa in dem Text.

Auch mit dem Blick auf den Süden, nach Nordafrika, den Nahen Osten und die Levante ist es sicher richtig, die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen. Der Hauptmotor für die starke Migration ist die schlechte wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Es gibt dort eine sehr junge Bevölkerung und ich glaube, wir müssen hier helfen, damit sie eine eigene stabile Wirtschaft aufbauen können, damit Projekte für die klein- und mittelständischen Betriebe in der Region wachsen können.

Welche Konsequenzen die Arbeit der EU für mögliches Leben auf dem Mars haben wird, bleibt noch abzuwarten, aber ich hoffe sehr, dass die EU in diesem Jahr eine Nachbarschaftspolitik betreiben wird, die hilft, dass sowohl im Osten als auch im Sü-

den das Leben besser und friedlicher für die Menschen werden kann. – Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Rede vom 17.03. zu meinen Anträgen zur Unterstützung von Opfern sexueller Kriegsverbrechen und zur Krise in Burundi

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Ja, es sind zwei Anträge, die uns vorliegen. Sie haben schon etliches dazu gehört. Sie kennen sicherlich alle den Ausspruch des ehemaligen Militärberaters von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, Patrick Cammaert, der gesagt hat, dass es in den gegenwärtigen Kriegen gefährlicher ist, eine Frau zu sein als ein Soldat. Ob im Kongo, im Südsudan, in Nigeria oder in Syrien, sexuelle Ausbeutung und sexuelle Gewalt werden heute in fast allen bewaffneten Konflikten als Kriegswaffe eingesetzt, um zu erniedrigen, um Terror zu verbreiten und um die sozialen Bindungen einer Gesellschaft zu zerstören; vor allem Frauen und Kinder sind diesen Gewalttaten ausgesetzt.

Allein in den Konfliktgebieten im Kongo – und man kann das nicht oft genug sagen, denn man glaubt es eigentlich nicht – sind in den vergangenen zehn Jahren weit über eine halbe Million Frauen vergewaltigt worden. Das findet aber auch in anderen Ländern wie zum Beispiel im Südsudan statt.

Der UNO-Sicherheitsrat hat in der Resolution 1820 festgelegt, dass diese verbrecherischen Akte Kriegsverbrechen sind und sogar den Tatbestand des Völkermordes erfüllen können. Das ist sehr wichtig, wobei acht Jahre später diese Verbrechen nach wie vor selten verfolgt werden oder auch ungestraft bleiben. Österreich sollte die UNO so gut wie möglich dabei unterstützen, dass die Resolution 1820, aber auch die Resolution 1325, die auch eine größere Beteiligung von Frauen an Friedens- und Sicherheitspolitik vorsieht, umgesetzt werden.

Ich komme zum zweiten Antrag. Darin geht es um Burundi, wo es massive Proteste gegeben hat, nachdem sich der Präsident wider die Verfassung ein drittes Mal wählen ließ. Die Proteste wurden gewaltsam bekämpft; über 400 Menschen wurden bisher getötet und über 250 000 Menschen sind geflohen. Die Presse- und Medienfreiheit ist zerstört. Obwohl es da jetzt Versuche von der EU, der Afrikanischen Union, der Ostafrikanischer Gemeinschaft und der UNO gibt, um zu deeskalieren, sollte Ös-

terreich dringend darauf drängen, um zu versuchen, diese Maßnahmen und vor allem den Dialog wieder in Schwung zu bringen, aber auch bei der lokalen Flüchtlingsbetreuung, beim Aufbau der Medien und so weiter helfen und gleichzeitig Druck auf die Regierung ausüben, sodass diese von diesen Gewalttaten ablässt. – Danke.
(Beifall bei der SPÖ.)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: Menschen brauchen wieder Perspektiven in ihren Heimatländern](#) (16.03.2016)

[Nationalrat – Muttonen: Klar zum Kampf gegen den illegalen Handel mit Kulturgütern bekennen](#) (17.03.2016)

Nationalrat - EU: Lopatka kritisiert Faymann und warnt zur "Vorsicht" - BILD

Utl.: Empörte Retourkutsche **Muttonens** - Strache um Rolle des "Schmieds" bemüht - Grüne kritisierten Regierungsschwenk =

Wien (APA) - Nicht so einig wie die Regierungsspitze zeigten sich die Koalitionsabgeordneten am Mittwoch in der Debatte über die Erklärungen von Kanzler und Vizekanzler - nachdem sich ÖVP-Klubobmann Reinhold Lopatka ziemlich angriffig über den Koalitionspartner, speziell den Kanzler, äußerte. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache bemühte sich unterdessen, die blaue Rolle des "Schmieds" zu unterstreichen.

Zwar sieht Strache - der als Erster sprach - in der "180-Grad-Wendung" der Regierung immerhin einen ersten Schritt in die richtige Richtung, seien doch "zumindest verbal" die wichtigsten FPÖ-Forderungen übernommen worden. Aber er glaubt nicht an eine Umsetzung, "bei all den Bocksprüngen, die ich schon erlebt habe". Zudem habe Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) mit seinen Richtungsänderungen "auf dem internationalen Parkett jede Glaubwürdigkeit verloren". Strikt lehnte Strache ein EU-Abkommen mit der Türkei ab, Österreich müsste ein Veto dagegen einlegen.

Die FPÖ zeichne nur "apokalyptische Bilder", habe aber keine Lösungsvorschläge, konterte SPÖ-Vizeklubchef Josef Cap. Die Regierung bemühe sich um Lösungen, auch mit den anderen EU-Staaten. Aber auch Cap zeigte sich - auch wenn er ein Übereinkommen befürwortet - kritisch gegenüber der Türkei. In den Verhandlungen müsse man deren Umgang mit Justiz, Demokratie, Journalisten, Kurden ansprechen. Empört hat Cap ein "Presse"-Interview des türkischen Botschafters bei der EU, Selim Yenel - wo dieser meint, die Grenzsicherungen sprächen gegen die Werte, für die die EU stehe. Der Botschafter "soll uns über Werte nicht belehren", sagte Cap, da wäre vielmehr "umfassende Selbstkritik angebracht".

Für die Grüne EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek ist die Linie der österreichischen Regierung "erschreckend". Eigentlich seien SPÖ und ÖVP ja Freunde der EU, aber im letzten halben Jahr hätten sie einen "Zick-Zack-Kurs" gefahren, der eine pro-europäische Haltung vermissen lasse. "Seehofer und Orban freuen sich", aber die wichtige europäische Lösung werde durch die "Kehrtwende" der Regierung gefährdet, kritisierte auch Parteichefin Eva Glawischnig.

ÖVP-Klubchef Lopatka pries zwar erst die "gemeinsame Regierungslinie" - bemühte sich dann aber, "klar herauszuarbeiten, wer die Richtung vorgegeben hat". Nämlich ÖVP-Regierungsmitglieder, die sich schon lange gegen "Durchwinken", für den Grenzzaun und eine Obergrenze ausgesprochen hätten - aber der Bundeskanzler habe "alles abgelehnt". Jetzt habe man endlich die gemeinsame Linie, die gelte es jetzt in Brüssel zu vertreten. "Sehr aufpassen" müsse Faymann da aber, was die Türkei betrifft: Sollte es für diese einen "Blankoscheck" in Richtung Visa-Liberalisierung und EU-Beitritt geben, "dann hätten wir wieder ein Problem in der Koalition", mahnte Lopatka zur "Vorsicht".

Ein scharfer Konter darauf kam von **SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen**: Lopatka habe "peinliches Hick-Hack" geliefert, "weit entfernt von einer diesem Hauswürdigen Debatte". Mit solchen Reden lege man einen Stein zu weiterer Politikverdrossenheit der Bürger.

Team Stronach-Abg. Waltraud Dietrich missfiel Lopatkas Beitrag ebenfalls: Auch die ÖVP sei einen "Zick-Zack-Kurs" gefahren, erinnerte sie an die frühere Haltung von Vizekanzler Reinhold Mitterlehner. "Es nützt nichts, sich jetzt eine blaue Krawat-

te umzuhängen und dennoch schwarze Politik zu fahren", sagte sie dem ÖVP-Klubchef.

NEOS-Chef Matthias Strolz präsentierte sich als glühenden EU-Befürworter - und warnte eindringlich vor einem Scheitern in der Flüchtlingspolitik: "Wir haben unendlich viel zu verlieren." Er drängte auf eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge - wobei Schengenstaaten, die nicht dazu bereit sind, Schengen verlassen sollten. In Österreich müsse man Kriegsflüchtlingen in Schnellverfahren subsidiären Schutz auf Zeit zuerkennen, statt sie lange in der Grundversorgung warten zu lassen.

60 Minuten Politik

Am Donnerstag war ich in der ORF-Sendung „60 Minuten Politik“ zum Thema Europäische Flüchtlingspolitik. Die Sendung könnt ihr euch noch bis zum 24. März in der [ORF-Mediathek](#) anschauen.



SPÖ

"Eine nachhaltige Lösung der Flüchtlingssituation kann nur eine europäische Lösung sein."

Christine Muttonen, SPÖ-Europasprecherin in "60 Minuten Politik" (ORF)

REPUBLIC ÖSTERREICH
Parlament

SPÖ-Frühjahrstagung:

„Arbeit. Wachstum. Sicherheit – Aus Verantwortung für unser Land“

Unsere traditionelle Frühjahrstagung des SPÖ-Klubs fand in diesem Jahr vom 12. bis 15. März im Tiroler Saalfelden statt. Dabei beschäftigten uns vor allem zwei Fragen: Wie kriegen wir die österreichische Wirtschaft wieder so zum Laufen, dass neue Arbeitsplätze entstehen und vor welchen



sicherheitspolitischen Aufgaben stehen wir, angesichts der Flüchtlinge und der vielen Krisen in Europas Nachbarschaft?

Außer uns Abgeordneten haben sich auch der Saalfelder Bürgermeister Erich Rohrmoser, unsere Nationalratspräsidentin Doris Bures, die SPÖ-Minister Hans Peter Doskozil, Gerald Klug, Josef Ostermayer und Alois Stöger sowie SPÖ-Staatssekretärin Sonja Stessl an den Debatten der Tagung beteiligt.

Wachstum und Arbeitsplätze

Auf dem ersten Panel zum Thema Wachstum und Wirtschaft stellte Klubobmann Schieder klar, dass die SPÖ auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode der entscheidende Impulsgeber für eine moderne und nachhaltige Industrie- und Infrastrukturpolitik sein werde. Umweltschutz, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wettbewerbsfähigkeit müssten erfolgreich miteinander verbunden werden.

Den Plänen der ÖVP, die soziale Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher zu schwächen, teilte der Klubobmann eine klare Absage. „Soziale Sicherheit, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist nicht nur für die sozial Schwächeren, sondern für die gesamte Gesellschaft eine zentrale Frage!“.

Sicherheit

Auf dem zweiten Panel zum Thema Sicherheit sprach zunächst unser neuer Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil. Er betonte, dass die jetzt getroffenen Maßnahmen zum Asylverfahren und zur Sicherung der österreichischen Grenze not-

wendig gewesen sind. "Wir können es uns nicht mehr leisten, unvorbereitet in eine solche Situation wie im Vorjahr zu schlittern." Drei Dinge müssten nun auf europäischer Ebene angegangen werden: ein einheitliches europäisches Asylrecht, eine gerechte und faire Verteilung der Menschen die Anspruch auf Asyl haben und eine geregelte Rückführung derjenigen die keinen Anspruch haben.



In meinem eigenen Beitrag zu diesem Thema habe ich deutlich gemacht, wie wichtig es für unsere eigene Sicherheit ist, dass es auch beim Nachbarn sicher zugeht. Entscheidend für unsere Sicherheit sei es daher auch, dass die Menschen in den Krisenregionen wieder ausreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven erhalten.

Weitere Informationen zu den Diskussionen gibt es auf der [folgenden Seite](#) des SPÖ-Klubs. Videomitschnitte der Reden könnt ihr Euch unter diesem [Link](#) ansehen. Meine Rede zum Thema "Herausforderung Sicherheitspolitik" beginnt ab Minute 24 im unteren Video.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at